



Verein für friedenspolitische und demokratische Bildung e. V.

c/o Heidrun Kisters, Schulstr. 20, 55481 Kirchberg/Hunsrück
Tel.: 06763/4614, Mail: heidrun.kisters@t-online.de

Presseinformation

Bundeswehr raus aus den Schulen

FI Rhein-Hunsrück kritisiert in Schreiben an Ministerpräsidentin Malu Dreyer zunehmende Bundeswehr-Werbung an Schulen

Die Hunsrücker Friedensbewegung hat in einem Schreiben an die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer deutliche Kritik an der zunehmenden Werbung der Bundeswehr an den Schulen des Landes geäußert. Nach Ansicht der Friedensbewegung sollten Schulen Orte ohne Militär sein, auch dürfe militärisches Denken nicht immer stärker in das zivile Leben vordringen, heißt es in dem Schreiben.

In dem Brief an die rheinland-pfälzische Regierungschefin verweist die Hunsrücker Friedensbewegung auf Beispiele an Schulen im Land, so in Kirn, wo die Bundeswehr Schülern die Möglichkeit eröffnet hat, an einem sportlichen Leistungstest teilzunehmen, um so über körperliche Stärken und Schwächen Auskunft zu erhalten und durch eine Urkunde auch eine Unterlage für spätere berufliche Bewerbungen zu bekommen. In Kastellaun hätten beim diesjährigen „Girls Day“ minderjährige Schülerinnen „im Gleichschritt“, wie es im Zeitungsbericht hieß, die Arbeit der Bundeswehr kennenlernen können und dabei auch eine „dynamische Waffenschau“ erlebt. Und in Mayen seien beim „Girls Day“ im vergangenen Jahr elfjährige Schülerinnen militärische Schutzwesten und Stahlhelme anlegen können.

„Das sind Beispiele, die wir nicht einfach so hinnehmen können oder wollen“, heißt es im Schreiben der Hunsrücker Friedensbewegung an Malu Dreyer. Werde hier nicht unter falschen Voraussetzungen für Kriegseinsätze geworben und wäre es nicht besser, an den Schulen würden die jungen Menschen erfahren, dass zivile Konfliktlösungen sinnvoller als militärische wären, fragt die FI Rhein-Hunsrück.

Die Hunsrücker Friedensbewegung weist in ihrem Schreiben darauf hin, dass laut Landesregierung 2010 und 2011 338 beziehungsweise 205 Veranstaltungen der Bundeswehr an Schulen stattfanden, 2012 waren es 333 Veranstaltungen. Dem stünden laut Landesregierung 2012 lediglich sechs Veranstaltungen des Netzwerkes Friedensbildung gegenüber. Die Bundesregierung habe mitgeteilt, dass im vergangenen Jahr von der Bundeswehr für diese Arbeit Personalausgaben von insgesamt 27,2 Millionen Euro verausgabt wurden. „Wir denken, wir brauchen nicht zu erwähnen, wie viel Geld das Netz-

werk Friedensbildung in Rheinland-Pfalz für eine Information an den Schulen zur Verfügung steht“, kommentiert dies die FI Rhein-Hunsrück in ihrem Schreiben.

Die Hunsrücker Friedensbewegung bittet daher Ministerpräsidentin Malu Dreyer, die im Februar 2010 abgeschlossene Rahmenvereinbarung mit der Bundeswehr über die Einbindung von Jugendoffizieren in den schulischen Unterricht zu überdenken und vor allem dafür zu sorgen, dass solche Formen der militärischen Werbung wie an der Schule in Kirn oder bei den Girls Days unterbleiben.

Kirchberg, 12. Mai 2014

Anhang:

Schreiben an Ministerpräsidentin Malu Dreyer